

Agenda

23.01.2011, 08:30

Belgiens innere Abgründe



© Bild: 2011 FTD/Malte Knaack

Das Land war wirtschaftlich gesund. Dann kamen die Wahlen und die Politiker schafften es nicht, eine Regierung zu bilden. Nun reißt das Chaos alles nieder: Ansehen und Wirtschaft. Das einst stabile Belgien ist auf dem Weg zum Pleitekandidaten. von *Claus Hecking* Brüssel

Sie haben lange stillgehalten, zu lange vielleicht. Haben über Monate hinweg zugesehen, was die Politik aus ihrem Land gemacht hat. Jetzt wollen Belgiens 25 Topunternehmer nicht länger schweigen. Einen offenen Brief haben sie geschrieben. Dass es so nicht weitergehen kann.



Belgier demonstrieren für die Einheit ihres Landes

Dass die flämischen und wallonischen Politiker sich zusammenreißen sollen: endlich eine nationale Regierung bilden, einen Haushalt verabschieden, um Belgien zu retten. "Wenn wir nicht aus dieser Hölle herauskommen", fürchtet der Milliardär Albert Frère, der prominenteste unter den Briefschreibern, "dann werden die Finanzmärkte gnadenlos zuschlagen."

Es ist eine irrwitzige Geschichte, die sich da im Kernland der EU anbahnt. Denn eigentlich hat dieses Belgien vernünftig gewirtschaftet, über Jahre hinweg. Es hat seine Verbindlichkeiten abgebaut wie kein anderes Land in Europa. Und selbst jetzt in der Krise steigt die Staatsverschuldung vorbildlich moderat. Nur einen Prozentpunkt

Schuldenwachstum hat sich Belgien 2010 erlaubt, zehnmal weniger als Italien oder Spanien, 30-mal weniger als Irland.

Sorge um Verschuldung Welche Staaten Anleger für sicher halten



Und doch beginnt es nun das Land niederzureißen. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hat ihren Ausblick von "stabil" auf "negativ" gesenkt. Verschreckte Anleger beginnen, in Massen ihre Belgien-Anleihen abzustoßen. Die Risikoaufschläge dieser Papiere haben sich in einem Jahr vervierfacht, im ganzen Land macht sich Angst breit: Wird Deutschlands Nachbar der nächste Pleitekandidat nach Griechenland und Irland, Portugal oder Spanien?

Wie die Finanzwelt Belgiens Vertrauenswürdigkeit sieht, bekamen die Belgier Anfang der Woche vorgeführt. Das Land wollte Schulden im Wert von 5 Mrd. Euro in Form von Anleihen auf den Markt bringen. Nur 3 Mrd. wurde es los - mit einem Risikozins, der dem der Sorgenkinder Spanien und Italien traurig nahekommt.

Noch hoffen die Firmenchefs auf Schadensbegrenzung. "Wir müssen jetzt ganz vorsichtig sein, dass wir unsere ausländischen Investoren nicht weiter verprellen", sagt Rudi Thomaes, Chef des belgischen Unternehmerverbands. Der frühere CEO des Telekommunikationskonzerns Alcatel Bell ist frustriert. "Eigentlich ist es unbegreiflich: Unsere Wirtschaft liefert nur gute Nachrichten, und trotzdem schnellen die Zinsen hoch", sagt er. Schuld an allem sei die Politik: dieser verfluchte Negativrekord, den die Politiker gerade aufstellen.

Seit 221 Tagen bringen die Parteien aus dem niederländischsprachigen, reichen Flandern und dem frankofonen, verarmten Wallonien keine gemeinsame nationale Regierung zustande. Das hat es nie zuvor in Europas Geschichte gegeben. Bald könnten sie sogar den Weltrekord knacken: Am 29. März würden die flämischen und wallonischen Streithähne die Iraker als Nummer eins auf der Rangliste der langwierigsten Regierungsverhandlungen ablösen.

Keine Gemeinsamkeiten

Die Anleger haben wenig Spaß an dieser Rekordjagd. Viele flüchten bereits aus dem Land, andere sind kurz davor. Auch Kornelius Purps zieht sich neuerdings immer öfter Informationen über Belgien auf seine beiden Flachbildschirme. Der Anleiheanalyst der Großbank Unicredit kennt die guten volkswirtschaftlichen Zahlen, sein Vertrauen schwindet dennoch. "Beim Defizit ist Belgien echt top, aber darum geht es hier nicht", sagt der gebürtige Hamburger und klickt an seinem Datenterminal. "Die Anleger wissen nicht so recht, was mit den Schulden passiert, wenn sich das Land aufteilt."

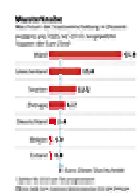


Staatsverschuldung Belgiens

Das wäre die Steigerung des aktuellen Machtchaos: die Spaltung Belgiens. Sie ist die wohl größte Gefahr für die Wirtschaft des Landes. Denn nichts fürchten Belgiens Gläubiger so sehr wie die Scheidung von Flamen und Wallonen. Und diese Angst wird in diesen Wochen angeheizt.

Groß ist die Aufregung über die Aussagen mehrerer führender Politiker. Da sind die markigen Worte vom Chef der flämisch-nationalistischen N-VA, Bart De Wever, dem großen Sieger bei den Parlamentswahlen vom vergangenen Juni. Er nennt Belgien den "kranken Mann Europas", strebt nach eigenen Worten die langfristige Auflösung des Staates und die Gründung einer Republik Flandern an. Auch die Gegenseite spricht offen von der Teilung. "Wir müssen uns auf das Ende Belgiens vorbereiten", sagt Laurette Onkelinx, wallonische Sozialistin und Vizepremierministerin.

Sicher, solche Sprüche sind oft nur ein politisches Mittel. Der Versuch, Vorteile in den Koalitionsverhandlungen herauszuschlagen. Wichtiges Thema dabei: eine große Staatsreform, die Belgien zusammenhalten soll. Auch hier gibt es keine Gemeinsamkeiten. Die reichen Flamen wollen Teile der Wirtschafts- und Sozialpolitik regionalisieren, da sie ihre Landsleute im Süden nicht länger mit 900 Euro Transferzahlungen pro Kopf und Jahr päppeln wollen. Die meisten Politiker aus Wallonien und dem größtenteils französischsprachigen Brüssel dagegen wollen so viel Zentralstaat wie möglich erhalten.



Wachstum der Staatsverschuldungen in Prozentpunkten

Insider sagen: Eine Auflösung Belgiens in naher Zukunft plant in Wahrheit niemand - schließlich wären die Trennungsverhandlungen noch schwieriger als die Koalitionsverhandlungen. Aber: Wer weiß das schon genau? Die Anleger jedenfalls haben keine Lust, sich mit den Winkelzügen der belgischen Innenpolitik zu beschäftigen und daraus mögliche Gefahren herauszulesen. Auch nicht Kornelius Purps. Er muss jeden Tag Dutzende Staaten im Auge behalten. "Wenn ständig diese schlechten Nachrichten aus Belgien kommen", sagt der Analyst, "dann gehen die Investoren lieber auf Nummer sicher. Und schmeißen diese Bonds aus dem Portfolio. Es gibt ja jede Menge Alternativen auf dem Markt."

Die Amerikaner haben bereits Fakten geschaffen, wagen sich bereits nicht mehr ins Land. Schon seit Längerem seien keine US-Kapitalgeber mehr in Belgien aufgetreten, erzählt Marcel Claes, Chef der US-Außenhandelskammer in Brüssel: "Ein Land ohne Regierung, das ist für Amerikaner unbegreiflich."

Neuwahlen sind kein Ausweg

Bei den Bürgern Belgiens kommt Angst auf. Die Krise ist das große Thema bei "Antoine", Brüssels beliebtester Frittenbude, berühmt für ihre zweimal in Rindertalg frittierten Pommes mit hausgemachter Sauce tartare.

Und die Gäste sind sauer auf die Politiker: "Die müssen endlich einen Kompromiss finden", sagt Martine, eine 58-jährige Hausfrau. "Wir sind den Spekulanten ausgeliefert." "Am Ende geht es uns doch wie den Griechen", sagt der Gast hinter ihr in der Schlange.

Ein Land in Schockstarre. Der Schauspieler Benoît Poelvoorde hat seine Landsmänner aufgerufen, sich so lange nicht mehr zu rasieren, bis endlich eine Regierung gebildet ist. Folgen sie ihm, dürfte Brüssel bald voller

Vollbarträger sein. Denn die Situation ist nahezu hoffnungslos verfahren. Die Flamen haben die separatistische N-VA zu ihrer stärksten Kraft erkoren, die Wallonen die betonsozialistische PS. Unterschiedlicher geht es kaum. Die Parteichefs Bart De Wever und Elio Di Rupo hatten bis zur letzten Wahl nicht einmal länger miteinander gesprochen.

Nach Monaten des Stillstands hat sich nun auch König Albert II. eingemischt und die Politik offen zum Sparen aufgerufen - ein Novum in Belgiens 181-jähriger Geschichte. Den beiden neuen Mächtigen im Land hat er einen fast absurden Auftrag erteilt: Die Streithansl sollen aus den zwölf Parteien im Parlament ein Kabinett zusammensetzen, das in der Lage ist, Zweidrittelmehrheiten zu bilden, um die Staatsreform durchzuführen. Wie das klappen soll, weiß niemand.

Nicht einmal Neuwahlen sind ein Ausweg: Umfragen zufolge würden die flämischen Separatisten und die wallonischen Sozialisten dann nur noch mehr Stimmen erhalten.

Die Wirtschaft leidet zunehmend unter dem Politchaos. Die IT- und Telekommunikationskonzerne etwa bekommen keine bedeutenden Regierungsaufträge mehr, weil das Übergangskabinett nur ein Notbudget verwalten darf. Der Finanzsektor muss abwarten, wie es mit der geplanten Bankensteuer weitergeht. Und die Energiebranche harret einer Entscheidung über die Laufzeitverlängerung ihrer Atomkraftwerke.

Mehr zum Thema

[Signal an die Finanzmärkte Europa fährt stärkere Geschütze gegen Pleitegeier auf](http://www.ftd.de/politik/europa/:signal-an-die-finanzmaerkte-europa-faehrt-staerkere-geschuetze-gegen-pleitegeier-auf/50214279.html)

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:signal-an-die-finanzmaerkte-europa-faehrt-staerkere-geschuetze-gegen-pleitegeier-auf/50214279.html>)

[Das Kapital Rauchende Analysten](http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/marktberichte/:das-kapital-rauchende-analysten/50217520.html)

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/marktberichte/:das-kapital-rauchende-analysten/50217520.html>)

[Dauerkrise Wie Belgien zerbröselt](http://www.ftd.de/politik/europa/:dauerkrise-wie-belgien-zerbroeselt/50213541.html)

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:dauerkrise-wie-belgien-zerbroeselt/50213541.html>)

Mehr zu: [Eurokrise](#), [Europa](#), [Staatspleite](#), [Staatsverschuldung](#)

Dem Land droht ein Horrorszenario

Am meisten erschreckt die Märkte jedoch die Unklarheit über Belgiens finanzielle Zukunft. "Die brauchen zunächst mal einen vernünftigen Haushaltsplan für 2011", sagt Anleihestratege Purps. Auch die 25 Konzernlenker bitten die Übergangsregierung in ihrem Brief, schnellstmöglich ein "glaubwürdiges Budget" aufzustellen. "Es ist die einzige Maßnahme, um das lebensnotwendige Vertrauen der Investoren wiederherzustellen und nicht in die Abwärtsspirale zu fallen."

Gelingt das nicht, droht dem Land ein Horrorszenario. Die Kreditzinsen würden dramatisch steigen und die Investitionen zum Absturz bringen. Die Staatsverschuldung würde steigen, Steuererhöhungen wären die Folge. Steigende Arbeitslosigkeit, sinkender Konsum - eine Abwärtsspirale droht das wirtschaftlich eigentlich gesunde Land zu zerbrechen.

Die Belgier reagieren mit Galgenhumor. Spötter fordern, die Übergangsregierung solle sich nicht an 2011 aufhalten, sondern gleich den Haushalt für 2012 planen. In Belgien weiß man ja nie, wie lange die Regierungsbildung noch dauert.

Aus der FTD vom 23.01.2011
© 2011 Financial Times Deutschland
